

Wegbereiter für die Demokratie

Die katholische Kirche in Slowenien

Seit dem vergangenen Sommer erscheint die frühere jugoslawische Teilrepublik Slowenien auf der Landkarte des neuen Europa als selbständiger Staat. Slowenien ist traditionell katholisch geprägt; die katholische Kirche leistete wichtige Dienste auf dem Weg vom kommunistischen System zu Demokratie und nationaler Selbständigkeit. Der slowenische Journalist Slavko Kessler stellt die wichtigsten Stationen dieses Weges dar und skizziert die Situation der Kirche im neuen Slowenien.

Slowenien ist erst in der jüngsten Zeit in der europäischen Öffentlichkeit bekannt geworden. Der brutale Angriff der kommunistisch geführten jugoslawischen Armee am 26. Juni 1991 hat für Schlagzeilen gesorgt. Ein kleines Land mit nur 2 Millionen Einwohnern, das aber ein Drittel des jugoslawischen Bruttosozialproduktes erwirtschaftete, sollte eingeschüchtert werden. Die Souveränitätserklärung am Tag vor der Militärintervention war Ergebnis eines Demokratisierungsprozesses in der slowenischen Gesellschaft, der auch durch die Kirche beeinflusst und mitgetragen wurde. Nach der neuesten Statistik zählen sich 72 Prozent der Bevölkerung zur katholischen Kirche.

Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges war die Kirche in Slowenien sehr einflußreich und in allen gesellschaftlichen Bereichen präsent. Etwa ein Sechstel der Bevölkerung war in verschiedenen katholischen Kongregationen und Verbänden organisiert. Es gab 65 kirchlich-religiöse Presseorgane. Priester leiteten die slowenische Volkspartei, die mehr als zwei Drittel der Wähler repräsentierte. Die Kirche verfügte damals auch über beträchtliche materielle Mittel.

Die Kirche unter dem kommunistischen Regime

All dies änderte sich grundlegend mit der Errichtung eines kommunistischen Staates durch Tito im Jahre 1945. Die Kirche wurde enteignet, alle kirchlichen Organisationen wurden verboten. Die Hälfte der Priester Sloweniens wanderte in Gefängnisse. Der Religionsunterricht wurde aus den Schulen verbannt, die theologische Fakultät aus der Universität von Ljubljana ausgeschlossen. Das kommunistische Regime verfolgte eine doppelte Strategie: Als erstes sollte die bestehende Kirche entscheidend geschwächt werden, besonders ihre Führung. Bischof Rožman von Ljubljana mußte ins Ausland fliehen und wurde in Abwesenheit zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Auf seinen Generalvikar Bischof Volk wurde 1952 ein Brandanschlag verübt, als er eine Firmung spenden wollte. 31 Priester wurden ohne gerichtliches Verfahren hingerichtet.

Als zweites versuchte die kommunistische Partei eine Art *Nationalkirche* zu schaffen. Regime-hörige Priester soll-

ten zusammengefaßt und von Rom abgespalten werden. Aber die zu diesem Zweck 1949 gegründete Priestervereinigung erfüllte die Erwartungen der Machthaber nicht. Obwohl zahlreiche Privilegien als Lockmittel eingesetzt wurden, verhielten sich die slowenischen Priester sehr besonnen. Die durch Staatsterror verfolgte Kirche fand im Volk weithin große Sympathie und Zustimmung. Sie blieb die einzige gesellschaftliche Institution, die sich dem absoluten Machtanspruch der kommunistischen Partei niemals unterordnete.

Nachdem das ursprüngliche Ziel der Vernichtung der Kirche nicht zu erreichen war, schwenkten die Parteideologen auf eine andere Taktik um. Kirchliche Aktivitäten sollten durch staatliche Gesetze kontrolliert werden. 1961 wurde das *Gesetz über die rechtliche Lage der Kirchengemeinden* verabschiedet. Die Kirche bekam gesetzliche Normen, innerhalb deren sie sich relativ frei bewegen konnte. Ihre Tätigkeit wurde auf den ausdrücklich religiösen Bereich eingeschränkt und von einer staatlichen Kommission für kirchliche Angelegenheiten streng überwacht. Existierte bislang die Kirche für die staatlichen Organe überhaupt nicht, so waren bei der 500-Jahr-Feier der Diözese Ljubljana (1962) Vertreter der kommunistischen Machthaber anwesend. Diese gegenüber der Kirche in der Öffentlichkeit wohlwollende Haltung wurde vor allem zur Wahrung des internationalen Ansehen praktiziert.

Soweit sich der Klerus an die vorgeschriebenen Grenzen hielt, blieb er von Verfolgung verschont. Druck wurde nun allerdings verstärkt auf die *Laien* ausgeübt, von einflußreichen gesellschaftlichen Positionen waren aktive Christen ausgeschlossen. Eine weitere Folge der neuen staatlichen Kirchenpolitik war das sogenannte Protokoll zwischen Jugoslawien und dem Heiligen Stuhl im Jahr 1966. Darin verpflichtete sich die jugoslawische Regierung, die Jurisdiktion des Heiligen Stuhles im Bereich ihres Staates anzuerkennen. Umgekehrt akzeptierte die Kirche die bestehende gesellschaftliche Ordnung im Lande.

Auf diese Weise wurde ein *Modus vivendi* geschaffen, der sich für die Kirche in Slowenien in mancher Hinsicht positiv auswirkte: Priester wurden nicht mehr verfolgt, sie erhielten einen gewissen Zugang zur Sozialversicherung. Exerzitien, Familienpastoral und Jugendpastoral blühten auf, die Katechese innerhalb der Gemeinden bekam einen neuen Auftrieb, und die Kirche durfte dafür zusätzliche Räume einrichten. Die theologische Fakultät in Ljubljana wurde ausgebaut sowie eine Zweigstelle in Maribor gegründet. Theologen wurde die Aus- und Fortbildung im Westen gestattet. Die kirchliche Presse konnte einen großen Aufschwung verzeichnen. Die Auflage von „*Družina*“, des Wochenblattes der slowenischen Bistümer, stieg auf 130 000 (bei 1,8 Mio Katholiken!). Die neu-

gegründete Monatszeitschrift für Jugendliche „Ognjišče“ erreichte eine Auflage von 105 000. Zahlreiche Bücher mit religiöser Thematik wurden veröffentlicht. Die Kirche trat aus ihrer Isolation heraus und konnte Beziehungen zu internationalen kirchlichen Organisationen und Gremien aufnehmen.

Erzbischof Šuštar als moralische Autorität

Diese zunächst innerkirchliche Ausbreitung pastoraler Tätigkeit schuf *Freiräume für plurale Meinungsäußerung und -bildung*. Damit konnte ein wesentliches Element von Demokratie innerhalb der Kirche erprobt werden. Von größter Bedeutung war die *Studentenpastoral*, durch die etwa 10 Prozent der jungen Intelligenz angesprochen wurden. In rund 50 Studentengruppen und über 200 Jugendgruppen an verschiedenen Pfarreien erörterte man bei den wöchentlichen Treffen neben religiösen auch gesellschaftspolitische Themen. Über 7000 junge Menschen absolvierten eine Woche dauernde Einkehrtage, die von einem engagierten Priesterteam durchgeführt wurden. Entscheidende Impulse gaben Großveranstaltungen zu theologischen, gesellschaftlichen und ethischen Fragen an den theologischen Fakultäten in Ljubljana und Maribor. An solchen Veranstaltungen nahmen pro Abend durchschnittlich bis zu 500 Intellektuelle aller Bevölkerungsschichten teil. Durch sie wurden nicht wenige jetzige Politiker und Funktionsträger wie z. B. Ministerpräsident *Lojze Peterle* und andere christlich gesinnte Abgeordnete im heutigen slowenischen Parlament nachhaltig geprägt.

Entscheidendes Ansehen und Präsenz in der Öffentlichkeit bekam die slowenische Kirche mit dem seit 1980 amtierenden Erzbischof *Alois Šuštar*. Er brachte seine internationalen Erfahrungen in die slowenische Kirche ein, die er nicht zuletzt in seiner langjährigen Tätigkeit als Sekretär des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) erworben hatte. Als geschulter Diplomat und Moraltheologe wies er immer wieder auf die Verletzungen der Menschenrechte in Slowenien hin und versuchte, im Dialog die offenen Fragen zwischen kommunistischer Regierung und Kirche zu klären. Nahezu jeder hochrangige westliche Politiker stattete bei Staatsbesuchen auch ihm eine Visite ab, u. a. auch Bundeskanzler *Helmut Kohl*. Erzbischof Šuštar wurde zu einer überzeugenden moralischen Autorität in Slowenien und ist darin der Rolle von Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* für Deutschland vergleichbar.

Unter Šuštars Einfluß bildete sich 1983 parallel zur gesamtjugoslawischen eine *Slowenische Landesbischofskonferenz*, deren Gründung von manchen als ein Beitrag zur Verstärkung des slowenischen Nationalbewußtseins bewertet wird. Auf seinen Vorschlag wurde auch innerhalb der Landesbischofskonferenz eine Kommission „*Justitia et Pax*“ ins Leben gerufen. Unter der Leitung von *Prof. Anton Stres* bezog sie zu allen relevanten gesellschaftlichen Problemen, insbesondere zu Menschen-

rechtsfragen, öffentlich Stellung. Mit diplomatischem Geschick und Gelassenheit durchbrach Erzbischof Šuštar Stück für Stück die in allen gesellschaftlichen Bereichen vorhandene Monopolstellung der kommunistischen Partei und schuf damit zugleich ein Einfallstor für die Demokratisierung.

Die dramatischen Veränderungen in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in der DDR, zuletzt Ceausescus Hinrichtung Ende 1989 lösten große Beunruhigung in den Reihen der slowenischen Kommunisten aus. Die ursprünglich geplante Reform des kommunistischen Selbstverwaltungssystems und die beabsichtigte Zulassung von Demokratie innerhalb der sozialistischen Allianz nach dem Muster der stalinistischen Volksfrontbewegung wurde teilweise aufgegeben. Durch einen Beschluß des slowenischen Parlaments von Ende 1989 wurde die Gründung demokratischer Parteien gesetzlich zugelassen. Wahlen wurden bereits für April 1990 angesetzt.

In der Zwischenzeit versuchten die Kommunisten mit allen ihnen noch gegebenen Mitteln die Entwicklung von demokratischen Parteien zu verhindern. Die demokratisch gesinnten Parteien schlossen sich in dem Wahlbündnis DEMOS (Demokratische Opposition Sloweniens) zusammen, das aus der Wahl vom Frühjahr 1991 dann mit knapper Mehrheit als Sieger hervorging. Gegen alle Prognosen bekamen innerhalb von DEMOS die beiden Parteien am meisten Stimmen, die ihr Programm ausdrücklich auf christlichen Grundsätzen aufgebaut hatten: die Christdemokraten und die Bauernpartei. Aufgrund dieses Wahlergebnisses konnten christlich gesinnte Politiker nicht nur einige kommunale Führungspositionen einnehmen (z. B. Bürgermeister von Ljubljana), sondern auch den Posten des Ministerpräsidenten und weitere bedeutsame Ministerien wie die für Kultur, Schulwesen und Wirtschaft besetzen.

Neue Möglichkeiten im demokratischen System

Die Kommunisten hatten vor der Wahl sehr geschickt manche Parteien der DEMOS-Koalition unterwandert. So sind mittlerweile einige Abgeordnete der Koalition abgesprungen, und die Regierung kann sich seit Dezember 1991 nicht mehr auf eine eindeutige Mehrheit stützen. Notwendige Reformen im wirtschaftlichen Bereich werden dadurch blockiert. So besteht in der Gesetzgebung zur Zeit noch eine Mischung von sozialistischer Selbstverwaltung und demokratischem System. In der neuen Verfassung vom 23. Dezember 1991 wurde gegen kirchlichen Widerstand die Erlaubtheit der Abtreibung festgeschrieben. Der derzeitige Streit um das Wahlgesetz für die anstehenden Neuwahlen stellt einen weiteren Versuch dar, die vollständige Durchsetzung demokratischer Strukturen zu verzögern.

Für die Kirche haben sich dennoch in den vergangenen zwei Jahren neue Möglichkeiten ergeben. Eine slowenische Caritas wurde gegründet und in zahlreichen Pfarreien findet eine vielfältige caritative Arbeit statt: Betreuung

von Flüchtlingen aus Kroatien, Unterstützung Arbeitsloser und bedürftiger Personen u. v. m. Die theologische Fakultät wird voraussichtlich schon bald wieder in die Universität eingegliedert, die Errichtung katholischer Privatschulen ist geplant. Die Herausgabe der katholischen Tageszeitung „Slovenec“ wurde wieder aufgenommen, um in der bislang noch einseitigen Medienlandschaft einen christlichen Beitrag innerhalb eines pluralen Spektrums zu leisten. Zentrale und lokale Hörfunkstationen haben kirchliche Sendungen regelmäßig ins Programm aufgenommen. Im Fernsehen wird einmal in der Woche eine Sendung mit kirchlichen Informationen und Themen ausgestrahlt, ebenso Gottesdienste zu Weihnachten und Ostern.

Das aktive Engagement slowenischer Christen im politischen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich

ist mittlerweile dem Vorwurf eines „Neoklerikalismus“ ausgesetzt. Demnach gilt eine Begegnung von Politikern aus ehemals kommunistischen Reihen bei Erzbischof Šuštar als Arbeitsbesuch oder Höflichkeitsgeste, bei den viel selteneren Besuchen von christlich orientierten Politikern spricht man hingegen von Neoklerikalismus.

Das neue demokratische System wird den slowenischen Katholiken einen Ort einräumen, wie er in westlichen Gesellschaften üblich ist. Es besteht gute Aussicht auf teilweise Rückgabe früheren kirchlichen Besitzes; damit wäre eine materielle Grundlage für verschiedenste Projekte gegeben. Auch in Zukunft will sich die Kirche Sloweniens als Institution nicht in parteipolitische Angelegenheiten einmischen. Sie will weiterhin moralische Autorität bleiben und auf diese Weise zur Festigung der Demokratie in der slowenischen Gesellschaft beitragen. *Slavko Kessler*

Kurzinformationen

Gesellschaftliche und kirchliche Themen auf der Tagesordnung der Deutschen Bischofskonferenz

Besondere öffentliche Beachtung fand die Stellungnahme der Deutschen Bischofskonferenz zu den Problemen des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Bundesländern, die als Ergebnis der Frühjahrsvollversammlung vom 9. bis 12. März in Freising vorgelegt wurde. Sie veranlaßte Bundeskanzler *Helmut Kohl* zu einer massiven, in der Sache nicht gerechtfertigten Bischofsschelte. Die Bischöfe plädierten für eine Überprüfung und Modifizierung der im Einigungsvertrag festgelegten Regelung, wonach bei Eigentumsansprüchen Rückgabe Vorrang vor Entschädigung hat. Das unbestrittene Recht auf Eigentum müsse Einschränkungen in Kauf nehmen, wo das Wohl der Gesamtheit betroffen sei: „Dort, wo Investitionen durch ungeklärte Eigentumsfragen in erheblichem Maß behindert werden, muß die Entschädigung Vorrang vor der Rückgabe bekommen. Dies muß auch in solchen Fällen gelten, wo der Umgang mit dem Eigentum Entwicklungen verhindert, die im Interesse der Gemeinschaft liegen.“ Bei einem Studientag befaßten sich die Bischöfe mit Überlegungen zu einer Überarbeitung der „Erklärung zum kirchlichen Dienst“ aus dem Jahre 1973. Zur Überprüfung dieses Textes hatte die Konferenz schon vor einiger Zeit eine *Arbeitsgruppe* aus Arbeitsrechtlern und Vertretern der kirchlichen Verwaltung eingesetzt. Eine Überarbeitung erscheint wegen der bisher aufgetretenen Probleme (Profilierung der kirchlichen Einrichtungen, Arbeitsmarktlage, Probleme mit der persönlichen Lebensführung einzelner) ebenso notwendig wie im Blick auf die extreme Diasporasituation in den neuen Ländern mit ihren Schwierigkeiten, im Sinn der kirchlichen Anforderungen geeignetes Personal zu finden und auf den europäischen Binnenmarkt ab 1993. Es brauche, so die

Vollversammlung, eine „eindeutige, überzeugende, realitätsgerechte Regelung auf überdiözesaner Ebene“, die im Kernbereich möglichst viele Gemeinsamkeiten mit der evangelischen Gestalt des kirchlichen Arbeitsrechts haben sollte. Die Frühjahrsvollversammlung beriet u. a. auch über den zweiten, moraltheologischen Teil des *Erwachsenenkatechismus*, dessen abschließende Lesung im Herbst auf der Tagesordnung steht. Sollte es im Herbst wie geplant zur Verabschiedung des Katechismus kommen, könnte er nach der Approbation durch die zuständige römische Kongregation veröffentlicht werden. Der erste, „dogmatische“ Teil des Katechismus erschien 1985. Die Bischöfe bekräftigten auch nochmals ihre Position in der Diskussion über den *Schutz des ungeborenen Kindes*: Der Staat müsse deutlich zum Ausdruck bringen, daß es sich bei einem Verstoß gegen das Lebensrecht eines anderen Menschen, in diesem Fall des ungeborenen Kindes, um ein schweres Unrecht handle. Strafrecht und soziale Maßnahmen müßten sich dabei ergänzen.

Johannes Paul II. besuchte auf seiner achten Afrika-reise den Senegal, Gambia und Guinea

Vom 19. bis 26 Februar hielt sich Johannes Paul II. auf seiner 54. Reise außerhalb Italiens in den drei mehrheitlich islamischen westafrikanischen Staaten Senegal, Gambia und Guinea zu Pastoralbesuchen auf. Die senegalesische Bevölkerung besteht zu rund 90 Prozent aus sunnitischen Moslems. Knapp sechs Prozent der 7,4 Millionen Einwohner sind Katholiken. Von den 800 000 Bewohnern Gambias sind gleichfalls etwa 90 Prozent Muslime und nur 20 000 Katholiken, allerdings etwa doppelt so viele Protestanten. In Guinea ist der Anteil von Anhängern von Naturreligionen am höchsten unter den drei Ländern (30 Prozent), insgesamt nur ein Prozent der knapp sieben